

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2010 haben wir in jeder Ausgabe unseres Bürgerblattes über die Entwicklung des interkommunalen Gewerbegebietes Limes detailliert berichtet und unseren Standpunkt deutlich gemacht. Heute muten wir Ihnen noch einmal einen längeren Beitrag zu.

In einem Flyer an die Haushalte hat die Bürgerinitiative Schatzboden eine Reihe angeblich „sorgfältig belegter“ Argumente vorgetragen, die aber einer Überprüfung nicht standhalten. Etliche der vorgetragenen Punkte wiederholen oder variieren bekannte Behauptungen, die schon öfter richtiggestellt wurden. Leider lässt sich die BI davon bisher nicht beeindrucken. Sonst würde ihr wohl die Munition ausgehen. In keiner Weise

erträglich sind die persönlichen Angriffe auf den Verbandsvorstand, insbesondere Bürgermeister Michael Göllner.

Mit dieser Einschätzung stehen wir Hammersbacher Sozialdemokraten nicht allein. Die SPD-Ortsvereine Hammersbach, Büdingen und Limeshain, die CDU-Ortsverbände Büdingen und Limeshain, die Freien Wähler Büdingen, die FDP Büdingen und die Bürger pro Vernunft Büdingen haben dazu zusammen eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Sie finden den Text hier im Heft.

Eigentlich wollten wir am „Wir-haben-aber-recht-Ping-Pong“ mit der BI nicht weiter teilnehmen, aber der Flyer hat eine rote Linie



Susana Cid Jovic

überschritten. Das kann dann doch nicht unwidersprochen bleiben.

Zum Glück gibt es auch noch andere Themen, die für uns – und hoffentlich auch für Sie – von Interesse sind. Mehr dazu im Heft.

Bleiben Sie gesund und genießen Sie den Sommer!

U3-Betreuung

“Zebra-Gruppe” am Start

Fröhliche Gesichter in der “Kinderkiste”. Nach einigen Monaten Vorlauf konnte Bürgermeister Michael Göllner Ende Februar die neuen Räumlichkeiten für die U3-Kinder der “Zebra-Gruppe” in der ehemaligen “Kinderkiste” der Elterninitiative eröffnen.

Insgesamt rund 70.000 Euro investierte die Gemeinde für die Neugestaltung der Räume und die Ausstattung, um dem Betreuungsbedarf für die ganz Kleinen gerecht werden zu können. Geld, das die SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung sehr gerne bereit-

gestellt hat, zumal es der Verwaltung um Bürgermeister Michael Göllner gelungen ist, hohe Zuschüsse einzuwerben.

Nachdem es für die Elterninitiative immer schwieriger geworden war, den Familien ein bedarfsgerechtes Angebot zu machen, sah sich die Gemeinde in der Pflicht. Die “Kinderkiste” wurde unter Beachtung aller Richtlinien umgestaltet und das bewährte Personal



Bei der Eröffnung nahmen auch Mitglieder der SPD-Fraktion und des Gemeindevorstandes teil und freuten sich sichtlich über das gelungene Werk.

Insgesamt rund 70.000 Euro investierte die Gemeinde für die Neugestaltung der Räume.

übernommen. Die “Zebra-Gruppe” startete Anfang März als Dependence der U3-Einrichtungen im “Haus der kleinen Füße”. Dann führte die Corona-Pandemie dazu, dass auch der Betrieb der Kinderkiste gleich wieder eingestellt werden musste. Seit kurzem dürfen aber jetzt auch die kleinsten Hammersbacher endlich wieder den Vormittag bei Spiel, Spaß und liebevoller Betreuung durch die Erzieherinnen in der Kinderkiste verbringen. ■

SPD-Spende geht an die Kinderkiste

Im Februar konnte noch das traditionelle und wieder einmal sehr gut besuchte Heringsessen des SPD-Ortsvereins stattfinden. Im Bürgertreff war auch dieses Jahr jeder Platz belegt, und unter Regie von Helga Möller wurde wieder ein ausgezeichnetes Fasten-Mahl gezaubert.

Die stellvertretende Vorsitzende Susana Cid Jovic begrüßte die Gäste, eröffnete das Essen und teilte unter dem Beifall der Besucher mit, dass dieses Jahr ein Großteil des Erlöses der neu gegründeten Zebra-Gruppe in der Kinderkiste zu Gute kommen wird.

Nun besuchte Susana Cid Jovic gemeinsam mit Küchenfee Helga Möller die Kinderkiste, um den Spendenbetrag von 220 Euro zu übergeben. Sandra Schutt, die Hauptamtsleiterin der Gemeinde sowie Fachbereichsleiterin der Kindertagesstätten Hammersbachs, Grit Hörding,

die Leiterin der U3-Einrichtungen, und die beiden Erzieherinnen Beata Lewandowicz und Doris Kalbrunner nahmen den Betrag sehr gern entgegen. Denn so kann ein Spielzeug-Wunsch der Kinder schnell erfüllt werden.



Hanauer Straße

Durchgangsstraßen endlich sanieren

Die Hanauer Straße in Langen-Bergheim ist in einem miserablen Zustand. Ähnliches gilt für Teile der Hauptstraße in Marköbel. Die SPD hält eine grundlegende Erneuerung daher für äußerst dringlich.

Die Gemeindevertretung setzt sich dafür ein, dass endlich Bewegung in die Sache kommt und die zuständige Landesbehörde Hessen Mobil die notwendigen Maßnahmen so bald wie möglich umsetzt.

Gleichzeitig soll auf SPD-Antrag im Fachausschuss darüber beraten werden, wie die in Teilen sehr breite Straße und damit zusammenhängend auch die Nebenflächen, für die die Gemeinde zuständig ist, neu zu ordnen und zu gestalten wären. Unser Ziel ist es, Fußgängern und Radfahrern ebenso angemessenen Raum zu geben wie einer sinnvollen Begrünung.

War es in der Vergangenheit oft so, dass diese Fragen erst am Ende einer Planung diskutiert wurden, möchten wir dies bereits heute

schon in den Vordergrund der Überlegungen rücken. Wobei klar ist, dass alle Überlegungen, die wir im Bauausschuss gerne auch mit den Kollegen der CDU gemeinsam anstoßen wollen, später wieder mit Hessen Mobil abgestimmt werden müssen. Aber zeitgemäße Konzepte, auch für Fußgänger und den Radverkehr, dürfen nicht nur auf größere Städte beschränkt bleiben. Wir sind der Meinung, dass wir auch als kleinere Kommune hier deutliche Zeichen setzen können, dass man mehr tun kann als Dienst nach Vorschrift. ■

Gemeindehaushalt

Ansparen für einen Kunstrasenplatz

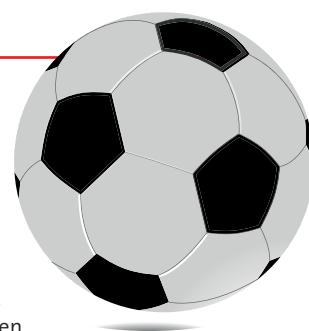
Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat die Gemeindevertretung auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, für den Bau eines Kunstrasenplatzes ab 2021 eine jährliche Rate von 40.000 Euro für ein Darlehen aus der Abteilung B des Hessischen Investitionsfonds anzusparen.

In mehreren Beratungen des Bau- und Planungsausschusses wurde das Thema erörtert. Die gerade erst entdeckte Mikroplastik-Problematik spielte dabei ebenso eine

Rolle wie die Frage der Finanzierung und Förderung. Diese Fragen sind noch nicht alle vollständig beantwortet, aber schon jetzt ist klar, dass das Projekt auch bei Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten nur mit einer finanziellen Kraftanstrengung und nur auf mittlere Frist verwirklicht werden kann. Daher soll angespart werden.

Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass ein Kunstrasenplatz auf der gemeindeeigenen Sportanlage ein erheblicher Gewinn

wäre, insbesondere für die Jugendarbeit, aber auch für den gesamten Trainingsbetrieb der beiden Hammersbacher Fußballvereine. Dazu kommt, dass auch der bestehende Hartplatz in absehbarer Zeit wieder bearbeitet werden müsste, wozu ebenfalls Mittel der Gemeinde nötig wären. Wir wollen daher den Bau eines Kunstrasenplatzes umsetzen und die Finanzierung absichern. ■



Ganztagsangebot

SPD blickt auf “Pakt für den Ganztag”

Der “Pakt für den Ganztag” an der Astrid-Lindgren-Schule hat nach dem Ende des Winterhalbjahrs seine erste Bewährungsprobe überstanden. Mitglieder der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung und Bürgermeister Michael Göllner besuchten in den letzten Tagen vor der Corona-Pandemie die Schulleiterin, Carmen Nickel-Hammer, um sich über die ersten Erfahrungen mit dem Ganztagsangebot auszutauschen.

Frau Nickel-Hammer führte die kleine Delegation durch die Räumlichkeiten, erläuterte das pädagogische Angebot und den organisatorischen Rahmen. Mehr als 80 Schülerinnen und Schüler nehmen an der Ganztagsbetreuung teil, essen in der noch provisorischen Mensa zu Mittag, machen unter Aufsicht ihre Hausaufgaben und nutzen die Spiel- und Lernangebote. Auch in den Ferien ist eine Betreuung gewährleistet.

Mehr als 80 Schülerinnen und Schüler nehmen an der Ganztagsbetreuung teil.

Manches – sowohl organisatorisch wie räumlich – sei noch provisorisch, so die Schulleiterin, aber der Main-Kinzig-Kreis als zuständiger Schulträger habe alle nötigen Baumaßnahmen zugesagt und mit der Schulleitung abgestimmt. Schon in wenigen Monaten solle damit begonnen werden.

Die SPD-Gemeindevertreter/innen zeigten sich beeindruckt, wie professionell die ersten Schritte in die Ganztagsbetreuung an der ALS trotz aller Anfangsschwierigkeiten bewältigt wurden.

“Das ist für die ganze Schulgemeinde eine anspruchsvolle Umstellung”, so SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Dietzel, “aber wir sehen den festen Willen, das Ganztagsangebot zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Soweit wir das als Gemeindevertreter unterstützen können, wollen wir gerne unseren Beitrag leisten. Heute sind wir froh darüber,

dass wir 2016 einen ersten Anstoß zur Einrichtung eines Ganztagsangebotes gegeben haben. Schließlich hat uns das auch wieder den Freiraum gegeben, um neue Kindergartenplätze zu schaffen und die Jugendarbeit zu erweitern.”

Bleibt zu hoffen, dass die Schule nach den Sommerferien schnell wieder Tritt fassen und im Rahmen eines geordneten Betriebs auch die Ganztagsbetreuung sich weiterentwickeln kann. ■



Mitglieder der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung und Bürgermeister Michael Göllner besuchten die Schulleiterin, Carmen Nickel-Hammer.

Schade: Das internationale Jugendcamp fällt aus

Mit einem internationalen Jugendcamp sollten im Sommer die Umgestaltungsarbeiten am Spiel Dammbücke unterstützt werden.

So hatte es die SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung beantragt und dafür die Zustimmung aller Gemeindevertreter*innen erhalten. Das Camp hätte – gefördert durch das Bundesjugendministerium und die Europäische Union – einen Beitrag zur internationalen Verständigung und Jugendbegegnung leisten können. Aber Corona macht auch diesem Projekt einen Strich durch die Rechnung. Es muss leider ausfallen. ■



Naturschutz

25 Jahre Biotopnetz

Vor 25 Jahren legte die Gemeinde Hammersbach in ihrer Feldgemarkung eine Reihe neuer Feldholzinseln im Rahmen eines Biotopverbundnetzes an. Aus kleinen Sträuchersetzlingen und Baumzöglingen sind inzwischen stattliche grüne Flecken in der Landschaft geworden. Dieses kleine Jubiläum nahm die Hammersbacher SPD-Fraktion zum Anlass für eine Gemarkungstour, um den aktuellen Zustand der Biotope in Augenschein zu nehmen.

Der damalige Gemeindevorstand unter Führung von Bürgermeisterin Helga Meininger hatte in Kooperation mit der Naturlandstiftung das ambitionierte Projekt in Angriff genommen und in kurzer Zeit zügig umgesetzt. Die nötige Pflege der neugeschaffenen Lebensräume liegt bis heute in den Händen der Naturlandstiftung und der örtlichen Jagdpächter.



„Wer heute seine Spaziergänge durch unsere Gemarkung macht, wird vermutlich gar nicht wahrnehmen, dass die grünen Inseln nicht schon immer da waren, so selbstverständlich gehören sie zum Landschaftsbild. Aber tatsächlich sind sie das Ergebnis einer vorausschauenden kommunalen Umweltpolitik.“

Artenschutz kann nur erfolgreich sein, wenn man die notwendigen Lebensräume schafft und erhält.

„Unsere Vorgänger haben schon damals verstanden, dass Artenschutz nur erfolgreich sein kann, wenn man die notwendigen Lebensräume schafft und erhält“, so Hans Günter Hitzemann, stellvertretender

Vorsitzender des Umweltausschusses. „Bis heute ist eine Vielzahl weiterer Maßnahmen gefolgt. Ich denke da etwa an die Renaturierung des Eschbachs oder die Pflegemaßnahmen und die vielen Neuanpflanzungen in unseren Streuobstwiesen.“

Bis heute ist dabei aus der Sicht der SPD-Fraktion die Zusammenarbeit mit der Naturlandstiftung, dem Landschaftspflegeverband, den Jagdpächtern und den Landwirten vorbildlich. Dazu komme die engagierte Unterstützung durch den Obst- und Gartenbauverein und den Vogelschutzverein. Das zusammen erst, so die Sozialdemokraten, garantiere auch, dass alle zukünftigen Maßnahmen zur Verbesserung der Artenvielfalt in Hammersbach eine gute Perspektive hätten. ■

Naturschutz

Wird Hammersbach Klima-Kommune?

Durch einen Antrag der SPD-Fraktion vom 28. April 2011 wurde die Aufstellung eines lokalen Energiekonzeptes in die Wege geleitet. Dieses Konzept sollte dazu beitragen,

eine klimafreundliche Energieversorgung der Gemeinde auf der Basis von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

Das Energiekonzept wurde durch Bürger ehrenamtlich erarbeitet und im Juni 2013 einstimmig durch die Gemeindevertretung beschlossen. Das „Energie-Team“ setzt seitdem immer wieder neue Impulse. Etliche Vorhaben wurden erfolgreich umgesetzt und im Rahmen von Energietagen immer wieder auch die Öffentlichkeit auf die Thematik aufmerksam gemacht.

Heute ist es – mit Blick auf den fortschreitenden Klimawandel und unsere Verpflichtung, dem auch als Gemeinde entgegenzuwirken – Zeit für eine erneuerte Bestandsaufnahme. Das Energiekonzept muss an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Dazu bietet das Bündnis „Hessen aktiv: die Klima-Kommunen“ kompetente Unterstützung und finanzielle Förderung.

Die SPD hat daher in der Gemeindevertretung beantragt, dem Bündnis „Hessen aktiv: die Klima-Kommunen“ beizutreten und einen Aktionsplan zu Klimaschutz und Klimawandelanpassung vor Ort aufzustellen. ■



Mitglieder der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung und Bürgermeister Michael Göllner auf einem Waldrundgang,

Welche Zukunft hat unser Wald?

Welche Zukunft hat unser Wald? Wie kann der Wald zukünftig noch seine vielfältigen Funktionen für Natur und Mensch erfüllen? Welche Baumarten können dem Klimawandel trotzen? Welche Bewirtschaftungsformen können dem Wald helfen, nachhaltig und stabil zu bleiben?

Dazu berichtete auf Antrag der SPD-Fraktion der Leiter des für uns zuständigen Forstamtes Wolfgang, Christian Schäfer, wobei er die Situation im Hammersbacher Forst ganz konkret im Blick hatte.

Christian Schäfer machte deutlich, dass unser Wald durch die beiden letzten trockenen Jahre stark gelitten hat. Nicht nur die relativ wenigen Fichten hatten mit dem Borkenkäfer zu kämpfen, sondern insbesondere auch die Buche zeigte in manchen Teilen des Waldes deutliche Schäden. In Folge der Trockenheit und der Hitze erlitten die Bäume im letzten Sommer schwere Wurzelschäden und ihre Abwehrkräfte gegen Schadorganismen waren lahmgelegt. Deshalb konnten der Borkenkäfer und andere Schadinsekten, aber auch Pilze die Bäume massenhaft besiedeln und zum Absterben bringen.

Der Hammersbacher Wald wird nachhaltig, vorausschauend und ohne jeden Pestizideinsatz bewirtschaftet.

Auf die Frage, was dem Wald in Zukunft helfen kann, gab Schäfer vielfältige Antworten. So müsste der Wald der Zukunft ein dauerhafter Mischwald sein, in dem standortgerechte und klimaresistente Baumarten angebaut werden müssten. Die Buche werde ihre absolut dominierende Rolle wahrscheinlich verlieren und die Eiche, die erstaunlich gut die heißen Jahre überstanden hat, werde einen größeren Teil der Fläche einnehmen.

Die robuste Eiche setze sich aber in der Konkurrenz zur Buche nicht einfach von selbst durch und müsse auf den nun frei gewordenen ehemaligen Fichtenflächen künstlich, also durch Saat oder Pflanzung eingebracht werden. Aufgrund der Knappheit an Saatgut empfiehlt der Forstamtsleiter die Eichen zu pflanzen. Zwar wird die Pfahlwurzel der Setz-

linge bei der Entnahme in der Baumschule beschädigt, doch mit der gleichen Menge Saatgut lässt sich durch in der Baumschule gezogene Setzlinge etwa die fünffache Fläche wieder in Bestockung bringen.

Auch andere Baumarten wie die Elsbeere oder die Esskastanie könnten zur Mischung den Wald zukünftig bereichern. Damit auch weiterhin das Nadelholz seinen Platz hat, empfiehlt er, stärker auf Lärche und Douglasie zu setzen. Noch wenig Erfahrung habe man mit anderen fremdländischen Baumarten wie Atlaszeder oder Baumhasel, deren Anbau teilweise schon propagiert werde. Hier gäbe es aber noch Forschungsbedarf.

Fakten

- Größe der Gemarkung Hammersbach: 2016 ha
- Waldfläche: 525 ha (26,1 %)
- Landschaftsschutzgebiet "Auenverbund Kinzig": 167 ha (8,3 %)
- Naturschutzgebiet: 11,7 ha (0,6 %)
- Geschützte Landschaftsbestandteile: 48 ha (2,4 %)
- Feldholzinseln u.ä.: ca 8 ha (0,4 %)
- Siedlung, Verkehr u.ä.: 200 ha (9,9 %)
- Flächen, die vorrangig der Landwirtschaft dienen: ca. 1050 ha (52,1 %)

Schäfer bekannte sich ausdrücklich dazu, dass die Wälder weiterhin verantwortungsvoll und sachverständig durch ausgebildete Forstleute bewirtschaftet werden. Die Bewirtschaftung der Wälder nannte er ein Gebot der globalen Gerechtigkeit, denn es sei ausgesprochen richtig und sinnvoll, dass der bei uns wachsende heimische Rohstoff Holz auch hier genutzt wird. Klimaneutral könne heimisches Holz unter anderem als Baustoff verwendet werden und energieintensive Baustoffe wie Stahl und Beton ersetzen. Holzimporte, etwa aus Russland oder den Tropen, seien dagegen mit einer ganzen Reihe ökologischer und sozialer Probleme verbunden.

Dem Hammersbacher Wald bescheinigte der Forstamtsleiter, dass er nachhaltig, vorausschauend und ohne jeden Pestizideinsatz bewirtschaftet wird. So könne der Wald seine vielfältigen Funktionen erfüllen. Dazu gehört der Naturschutz ebenso wie der Wasser- und Bodenschutz und die Erholungsfunktion. Die

SPD stimmt mit dem Forstamtsleiter darin überein, dass gleichrangig daneben auch die Nutzfunktion des Waldes gesehen werden muss. Die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Ursula Dietzel, bringt es so auf den Punkt: „Unsere Vorfahren haben dafür gesorgt, dass wir den einheimischen Rohstoff Holz zum Bauen zur Verfügung haben. Wir haben die Verantwortung, dass das auch für zukünftige Generationen gesichert ist“.

Der Wald, der lange Zeit durch die Holzwirtschaft Erträge für die Gemeinde erzielen konnte, wird in den kommenden Jahren womöglich Investitionen aus dem Gemeindehaushalt benötigen. Wenn das nötig ist, um den Wald für kommende Generationen zu erhalten, sind die Gemeindevertreter*innen der SPD dazu bereit. ■



Gemeinsame Stellungnahme zum Gewerbegebiet Limes

„Die Bürgerinitiative Schatzboden verteilt derzeit einen Flyer, in dem sieben angebliche Skandale im Zweckverband Gewerbegebiet Limes angeprangert werden. Dazu nehmen die SPD-Ortsvereine Büdingen, Hammersbach und Limeshain, die CDU-Ortsverbände Büdingen und Limeshain, die Freien Wähler Büdingen, die FDP Büdingen und die Bürger pro Vernunft Büdingen*) gemeinsam Stellung.

Wir stellen nicht das Recht in Frage, zum Gewerbegebiet Limes eine andere Haltung zu haben als die großen Mehrheiten in den Gemeindevertretungen von Limeshain und Hammersbach und in der Stadtverordnetenversammlung Büdingen sowie in der Verbandsversammlung des Zweckverbands Limes.

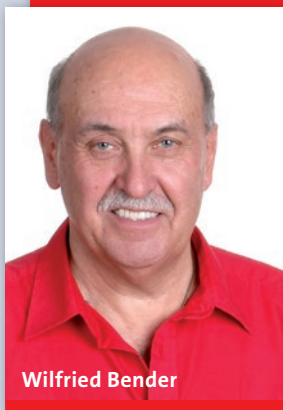
Wir verwahren uns allerdings gemeinsam gegen die Methoden, mit denen die BI versucht, in der Bevölkerung mehr Unterstützung zu gewinnen. Der verteilte Flyer enthält eine Ansammlung von Verdrehungen, Unwahrheiten, Verzerrungen der Wirklichkeit und persönlicher Angriffe. Dies dient in

keiner Weise dazu, den Menschen in unseren Kommunen ein realistisches Bild der Entwicklung im Gewerbegebiet Limes zu vermitteln.

Eine Bürgerinitiative, die angeblich den Dialog sucht, vergeift sich in Tonfall und Wortwahl und greift ungerechtfertigt den Verbandsvorstand für Entscheidungen an, die wir gemeinsam getroffen haben. Wir fordern die Bürgerinitiative dazu auf, künftig sachlich und fair zu informieren. Billige Politikerschelte und Populismus gibt es in unserem Land schon genug.“

*) Die Unterzeichner repräsentieren 83,4 % der Büdinger Stadtverordneten, 61,1 % der Hammersbacher Gemeindevertreter und 89,3 % der Limeshainer Gemeindevertreter. Die NPD Büdingen und die grünen Ortsverbände wurden nicht gefragt, ob sie die gemeinsame Erklärung unterstützen möchten. Mit der NPD macht niemand gemeinsame Sache. Und die Grünen stellen einen großen Teil des Personals der Bürgerinitiative, sind also in der Kritik mitgemeint. Die CDU Hammersbach wurde gefragt, wollte sich aber lieber nicht beteiligen.

Stellungnahme der SPD Hammersbach



Wilfried Bender

„Die Hammersbacher SPD kann nicht hinnehmen, in welcher Weise Bürgermeister Michael Göllner als Vorsitzender des Zweckverbandes durch die BI persönlich angegriffen, verleumdet und diffamiert wird. Dies nicht zum ersten Mal. Aber dieses Mal in einem Maß, das jede Grenze des Anstandes deutlich überschreitet.

In einer Demokratie ist es wichtig und notwendig, Kontroversen sachlich auszutragen und Argumente auszutauschen. Auch andere Meinungen zu respektieren. Doch die persönliche Herabwürdigung eines Bürgermeisters, der sich seit vielen Jahren engagiert, bürgernah und erfolgreich für unsere Gemeinde, unseren Kreis und unsere Region einsetzt, ist für Demokraten nicht akzeptabel.

Der Zweck heiligt nicht jedes Mittel. Unsere gewählten Repräsentanten dürfen nicht länger zur Zielscheibe von Hetze und Demagogie werden. So ein Stil hat in Hammersbach nichts verloren! Kritik kann man auch anständig vortragen. Die SPD Hammersbach steht hinter Bürgermeister Michael Göllner, dem die Bevölkerung in drei Direktwahlen deutlich das Vertrauen ausgesprochen hat und der dies immer gerechtfertigt hat!“

Wilfried Bender



SPD Hammersbach

Titelthema: Gewerbegebiet Limes

Was ist dran an den Behauptungen der BI?

Warum sind die Gemeindevertreter und Stadtverordneten in Büdingen, Limeshain und Hammersbach so aufgebracht über den Flyer der Bürgerinitiative?

Weil er „eine Ansammlung von Verdrehungen, Unwahrheiten, Verzerrungen der Wirklichkeit und persönlicher Angriffe“ enthält, die man nicht einfach unwidersprochen stehen lassen kann.

Was heißt das denn im Einzelnen?
Schauen wir einmal genauer nach.



Ziemlich klammheimlich?

Bevor die BI die angeblichen Skandale schildert, wird in einem Vorspann versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die Entwicklung des Gewerbegebietes erst „vor eineinhalb Jahren“ offensichtlich wurde. Dass „ziemlich klammheimlich“ Tatsachen geschaffen wurden, um zu verbergen, was der Zweckverband „wirklich im Schilde führte“. Als ob es sich um eine verschwörerische Geheimoperation gehandelt hätte!

RICHTIG IST: Die Entscheidungen des Zweckverbands und der Gemeindegremien, um die es hier geht, also um die Erweiterung, wurden alle schon 2016 oder früher getroffen. Vor mindestens vier Jahren also. Die Lokalzeitungen haben darüber mehrfach groß berichtet. Alle Entscheidungen fielen in öffentlichen Beratungen. Beteiligt waren fast 90 Gemeindevertreterinnen und Vertreter sowie Stadtverordnete. Alle Beschlüsse fielen mit sehr großen Mehrheiten. In Limeshain wurde die Osterweiterung sogar einstimmig, auch mit den Stimmen der Grünen, beschlossen. In der Verbandsversammlung sind alle Parteien aus den Gemeindeparlamenten von Büdingen, Hammersbach und Limeshain vertreten. Wie soll da etwas „klammheimlich“ geschehen?

Wirkliche Ziele verborgen?

So habe man es den Bürgern „verkauft“, bemängelt die BI: 24 Hektar gemischtes Gewerbegebiet mit etwa 20 % Sonderfläche Logistik. Das zeige bis heute der Bebauungsplan. Und daraus sei – mehr oder weniger unbemerkt – dann der gigantische ‚Logistikpark Frankfurt Nord-Ost‘ mit doppelter Fläche geworden.

RICHTIG IST: Die beteiligten Kommunen strebten von Anfang an für ihr Interkommunales Gewerbegebiet Limes eine Fläche von etwa 50 Hektar an. Das wurde durch die Regionalplanung zunächst nicht genehmigt. Später setzte dort ein Umdenken ein, so dass der Zweckverband wieder seine ursprüngliche Planung verfolgen konnte. Die entsprechenden Anträge sind in Arbeit.

Im bereits umgesetzten Gebiet von 24 ha wurden etwa vier Hektar Sonderfläche Logistik ausgewiesen, denen eine höhere Lärmkontin-

gentierung zugewiesen wurde. Auch höhere Gebäude hätten hier erstellt werden dürfen (was nicht geschah). Das heißt aber nicht, dass Logistik in den übrigen Bereichen ausgeschlossen war. Die Gebäude, die wir heute sehen, entsprechen dem beschlossenen Bebauungsplan. Andernfalls wären sie durch die zuständigen Behörden nicht genehmigt worden.

Die kleine Norderweiterung des Gewerbegebietes wurde genau mit dem Konzept, wie es jetzt verwirklicht ist, in den Parlamenten und in der Verbandsversammlung in öffentlichen Sitzungen beschlossen. In Limeshain, wie schon erwähnt, sogar mit Zustimmung der Grünen. Die Aussage der BI, der gültige Bebauungsplan zeige ja gar nicht die angestrebten 50 ha, offenbart eine erschreckende Unkenntnis oder bewusste Verdrehung. Der gültige Bebauungsplan umfasst nur das bisher Geplante und Genehmigte. Die beabsichtigten Erweiterungen darf er gar nicht enthalten.

Davon, dass den Bürgern ein falsches Bild „verkauft“ werden sollte, um irgendwelche geheime Absichten zu verbergen, kann also überhaupt keine Rede sein.

Parteibuchwirtschaft?

Mehrmals deutet die BI an, die Zugehörigkeit des Aufsichtsratschefs der Dietz AG zur SPD „könnte eine Rolle gespielt haben“. Bürgermeister Michael Göllner habe das gar nicht erst abgestritten.

RICHTIG IST: Lothar Klemm ist SPD-Mitglied, war früher hessischer Wirtschaftsminister und ist als ehemaliger Unterbezirksvorsitzender der Main-Kinzig-SPD in ausgesprochen positiver Erinnerung geblieben. Falsch sind aber sämtliche Unterstellungen der BI zu diesem Thema. Michael Göllner wird das Wort im Mund herumgedreht. Er hat gegenüber dem HR lediglich erklärt, dass er Klemm aus der Parteiarbeit als sehr vertrauenswürdig kennt. Ansonsten hat das „Parteibuch“ keine geheimnisvolle Rolle gespielt. Wie könnte das auch sein? Bürgermeister Göllner hat im Verband weder eine alleinige ▶



Fortsetzung Titelthema: Gewerbegebiet Limes

Entscheidungsgewalt noch hat die SPD die Mehrheit in der Verbandsversammlung. Die Entscheidungen des Zweckverbands haben nichts mit irgendjemandes Parteimitgliedschaft zu tun. Dagegen hätten CDU, FDP und Freie Wähler sich in den Parlamenten und in der Verbandsversammlung definitiv gewehrt.

Absage an lokale Interessenten?

Das hält die BI für den ersten Skandal.

RICHTIG IST: Lokale Bewerber wurden von der Verbandsversammlung nur in sehr wenigen Fällen – begründet – abgelehnt, wie im Übrigen auch einige überregionale Bewerber. Was waren die Gründe? Zu erwartende Emissionen (Lärm und Schmutz), die vor allem den Anwohnern in Himbach nicht zugemutet werden sollten. Eine Rolle spielte immer auch die Frage, ob und in welcher Zahl die jeweiligen Bewerber Arbeitsplätze schaffen würden. Unternehmen, die z. B. vorrangig an Lagerfläche interessiert waren, wurden daher abschlägig entschieden.

Idyllische Landschaft neben der Autobahn?

Die BI malt „ein idyllisches Landschaftsbild in der Nachbarschaft geschützter Fachwerk-Ensembles“, beklagt, dass „ein über Jahrhunderte erhaltener historischer Handelsweg und Vorrangflächen für Klima-, Wasser- und Naturschutz ... betoniert werden“ sollen. Gleichzeitig wird die Angst vor „Monsterhallen“ geschürt.

RICHTIG IST: Vorab gesagt, Hallen sind keine „Monster“. Sie beißen nicht und sie bedrohen einen nicht. Sie mögen einem optisch nicht gefallen. Das ist verständlich. Aber sie beherbergen Unternehmen, die einen großen Beitrag zu unserer Versorgung leisten. Sie sind wirtschaftlich ertragreich für unsere Kommunen und bieten Arbeitsplätze für viele Menschen. Das muss man gegeneinander abwägen.

Die „einst idyllische Landschaft“ wird genau hier seit Jahrzehnten von der Autobahn durchschnitten. Wo hätte man in den Gemarkungen der drei Kommunen besser ein Gewerbegebiet einrichten können als direkt neben der A 45? Der Anblick der Fachwerkensembles wird in keinem der Dörfer durch die Hallen beeinträchtigt. Die Kreisarchäologie hat ausdrücklich bestätigt, dass der Alte Handelsweg ohne jede besondere Bedeutung ist.

Hervorragender Ackerboden geht verloren?

Bemerkenswerterweise spielt der Verlust von Ackerboden in der BI-Publikation kaum noch eine herausgehobene Rolle. Dennoch steht hier tatsächlich eine grundlegende Frage zur Entscheidung. Sind Ackerböden unantastbar oder können auch andere Nutzungen begründet sein?

RICHTIG IST: Hier bleibt am Ende nur die Abwägung. Wo kann welcher Boden für welche Zwecke überbaut werden? Und werden dabei die Vorgaben zum erlaubten Flächenverbrauch beachtet? Wenn der Flächenverbrauch nicht bei null liegen kann (diese Haltung teilen

nicht einmal die hessischen Grünen), weil neue Wohn- und Gewerbegebiete unverzichtbar sind, dann muss man abwägen, wo bisher landwirtschaftlich genutzte Böden umgewandelt werden können. Für die drei Kommunen war von Anfang an klar: wenn, dann hier an der Autobahn. Es gibt in Büdingen, Limeshain und Hammersbach keine andere Fläche, die besser geeignet wäre.

Ohne Gegenleistung bevorzugt?

Die BI behauptet, der Dietz AG sei „ohne jede Ausschreibung und Gegenleistung ein exklusives Vorkaufsrecht“ auf die geplante Erweiterungsfläche eingeräumt worden. Und erst „nach langem Mauern“ seien die Verträge des Zweckverbandes mit der Dietz AG bekannt geworden.

RICHTIG IST: Die inhaltlichen Eckpunkte der Verträge des Zweckverbandes mit der Dietz AG wurden von der Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung am 2. Juni 2016 ausführlich diskutiert und mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen. Die Eckpunkte wurden in den abgeschlossenen Verträgen eins zu eins umgesetzt.

Von einem exklusiven Vorkaufsrecht kann nicht die Rede sein. Der Zweckverband hat sich bewusst für die Dietz AG entschieden, da das Unternehmen bereit war, die erste Fläche von etwa 16 Hektar sofort zu erwerben. Alle anderen Interessenten wollten die Grundstücke nur in Option bekommen. Die Dietz AG hat im Gegensatz zu den anderen Interessenten die Flächen für rund 11,5 Millionen Euro gekauft. Der Verband gewährte im Gegenzug für einen bestimmten Zeitraum der Dietz AG das Vorkaufsrecht, falls die Erweiterungsflächen entwickelt werden.

Die Vorstellung von einer „Ausschreibung“, gar mit „Gegenleistung“, ist vollkommen irrig. Alle Bedingungen für das Bauen im Verbandsgebiet werden durch den Bebauungsplan vorgegeben. Der Zweckverband bietet seine Grundstücke auf dem Markt an und entscheidet sich dann in der Verbandsversammlung für einen Bewerber. Welche „Gegenleistung“ sollte jemand erbringen, die über die Zahlung des Kaufpreises und die Einhaltung der Bauvorschriften hinausgeht?

Halle zu Geld gemacht?

Die Dietz AG habe die erste Halle schon kurz vor der Inbetriebnahme zu Geld gemacht, so die BI, obwohl das Unternehmen doch angegeben habe, seine Immobilien langfristig im Besitz zu halten und zu verwalten.

RICHTIG IST: Die Dietz AG hat durch einen sogenannten Share Deal die britische Tritax beteiligt und durch diese Beteiligung die Halle refinanziert. Diese Form der Refinanzierung ist steueroptimiert, aber vollkommen legal. Für den Zweckverband und die beteiligten Gemeinden hat sie keinerlei steuerliche oder sonstige Nachteile.

Eigentümer ist weiterhin derselbe wie bisher und Dr. Wolfgang Dietz ist der Geschäftsführer der Gesellschaft, der das Grundstück gehört und die für das Management der Liegenschaft verantwortlich ist. ▶



Fortsetzung Titelthema: Gewerbegebiet Limes

Grob fehlerhaftes Gutachten?

Ein Gutachten des zertifizierten Ingenieurbüros M+P aus Hagen zu Bodenbelastung im Bereich der Osterweiterung erwies sich „als grob fehlerhaft und in der Schlussfolgerung völlig abwegig“, konstatiert die BI und wirft dem Investor vor, dieses „völlig haltlose Dietz-Gutachten“ vorgelegt zu haben.

RICHTIG IST: Die Dietz AG hat den Vorstandsvorstand darüber informiert, dass das Gutachten von M+P bedenkliche Ergebnisse aufweist, und Bürgermeister Göllner als Betreiber der in der Nähe befindlichen Wasserversorgung Langen-Bergheim in Kenntnis gesetzt. Das war ohne Zweifel richtig. Der Vorstandsvorstand hat sich weder das Gutachten noch die Schlussfolgerungen zu eigen gemacht, aber die zuständigen Behörden und die Mitglieder der Versammlung informiert. Ein von der BI beauftragtes Gegengutachten stellte später sogar noch deutlich höhere Werte eines Pflanzenschutzmittels fest, betonte allerdings auch, dass die Belastung des Bodens sich im Rahmen der zulässigen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung bewege. Aufgrund der behördlichen Entwarnung war das Thema für den Zweckverband ebenso wie für die SPD Hammersbach erledigt.

Unglücklicher Umgang mit Geld?

Agiert der Zweckverband „kaufmännisch unglücklich“? Ist der Nettoertrag aus dem Flächenverkauf tatsächlich „unterdurchschnittlich“? Ist die Klage gegen das eigene Finanzamt ein schlechtes Zeichen? Stellt sich der Verbandsvorsitzende gar über geltendes Vergaberecht der EU und muss dafür eine Rüge einstecken? Die BI zieht bei diesem Thema alle Register, um den Verband und seinen Vorstand, vor allem den Verbandsvorsitzenden Michael Göllner, in ein möglichst schlechtes Licht zu rücken.

RICHTIG IST: Aktuell verfügt der Zweckverband über einen Kontostand von rund 1,5 Millionen Euro. Für den Straßenendausbau werden noch rund 500.000 Euro Kosten anfallen, für Ausgleichsmaßnahmen rund 200.000 Euro. Dem gegenüber stehen zu erwartende Zahlungseingänge durch Grundstücksverkäufe von etwa 3 Millionen Euro. Der größte Teil der Fläche für die Westerweiterung wurde bereits erworben. Hier können daher weitere nennenswerte Millionenbeträge für den Zweckverband erwirtschaftet werden.

Aktuell hat die Versammlung eine Entnahme von 250.000 Euro für jede Verbandsgemeinde beschlossen, die in die jeweilige Haushaltskasse fließt. Höchst willkommen in Corona-Zeiten.

Für die Grundstücke hat die Versammlung einst einen Verkaufspreis von 65 Euro pro m² beschlossen. Die Dietz AG zahlte 70 Euro, die fortan auch für andere als Preis galten. Warum das „dem Vernehmen nach unterdurchschnittlich“ sein soll, erklärt die BI nicht.

Gegen das Finanzamt klagte der Zweckverband, weil es rund 300.000 Euro an Grunderwerbssteuer eintreiben wollte. Das Rechtsverständnis des Finanzamtes wurde angefochten, weil der Verband berechnete und stichhaltige Einwände vorbringen konnte. Hätte er etwa darauf verzichten sollen, seine Rechte einzuklagen? Der Zweck-

verband erwartet nun, dass die schon geleistete Zahlung zu großen Teilen inklusive Zinsen zurückerstattet wird.

Der Hinweis auf den Prüfbericht voller „Rügen und Ermahnungen“ ist an den Haaren herbeigezogen. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt am Ende ausdrücklich die Entlastung des Vorstands, weil keine der Anmerkungen wirklich gewichtig ist.

Die angesprochenen Vergaben hat die Versammlung beschlossen, nicht der Vorstandsvorsteher. Es ist zu vermuten, dass die BI sich hier auf eine Bemerkung des Rechnungsprüfungsamtes bezieht, die moniert, dass eine Vergabe nicht europaweit ausgeschrieben worden sei. Dies war der Fall, weil die ursprüngliche Kostenschätzung unter dem dafür geltenden Schwellenwert lag. Dass Michael Göllner angeblich „sinngemäß“ geantwortet haben soll, er sei halt manchmal schlauer als die EU, ist dreist erlogen.

Und noch etwas: „Die“ oppositionelle CDU gibt es im Verband nicht. Die Vertreter der CDU aus Büdingen und Limeshain stehen ausdrücklich zu allen bisherigen Beschlüssen des Zweckverbandes.

Planungsversagen und Inkompetenz?

Haben sich die Vorstände „hinsichtlich ihrer Kompetenz heillos übernommen“? Gibt es tatsächlich „ein umfangreiches Planungsversagen“? Die BI führt zur Begründung eine Zufahrtsstraße an, die abgerissen und durch eine neue an anderer Stelle ersetzt wurde.

RICHTIG IST: Auch dieser „Skandal“ ist keiner. Alles wurde in öffentlichen Sitzungen behandelt und beschlossen. Zunächst hatte die Versammlung beschlossen, die ursprünglich geplante Straße zu versetzen, um die Ansiedlung eines Büdinger Unternehmens zu ermöglichen, denn es drohte ganz aus der Region abzuwandern. Nachdem dies nach mehreren verschobenen Notarterminen nicht zustande kam, wollte eine andere Büdinger Firma das Grundstück erwerben. Auch dieses Unternehmen wählte wieder kurzfristig eine andere Lösung. Hier sieht man, dass sich der Zweckverband sehr darum bemüht hat, einheimische Firmen zu halten. Erst danach wurde von der Versammlung das Konzept beschlossen, das mit der Dietz AG verwirklicht werden konnte. Die Kosten für die Straßenverlegung wurden durch die Dietz AG getragen.

Ein weiteres Versagen entdeckt die BI darin, dass LKW, die zum Gewerbegebiet möchten, durch Himbach fahren.

RICHTIG IST: Einige LKW fahren tatsächlich zurzeit noch fehlgeleitet durch Himbach. Die Gründe dafür sind vielschichtig und keineswegs so klar, wie die BI behauptet. Es liegt nicht nur an der Wegweisung. Offenbar leiten auch Navigationsgeräte falsch. Aber richtig, das alles muss abgestellt werden. An der Lösung dieses Problems arbeitet der Vorstand, insbesondere der Limeshainer Bürgermeister Adolf Ludwig. Seit Ende Januar drängt er bei den zuständigen Behörden darauf, dass die Beschilderung verbessert wird. Himbach soll für LKW über 7,5 Tonnen vollständig gesperrt werden. Mit handgestrickten Plakaten an Laternenpfählen, wie sie die BI aufgehängt hat, kommt man einer Lösung dagegen nicht näher. ▶



Fortsetzung Titelthema: Gewerbegebiet Limes

Auch die Hammersbach SPD lässt nicht locker und flankiert die Arbeit des Vorstandes. Bereits vor einigen Wochen haben wir uns direkt an das hessische Verkehrsministerium gewendet und darauf gedrängt, dass die missverständliche Beschilderung an der Autobahn verbessert wird. Die eher unbefriedigende Antwort am 2. Juni: „Hessen Mobil beabsichtigt nun, die bestehende Hinweisbeschilderung an der Anschlussstelle Hammersbach um den Zusatz ‚Gewerbegebiet Limes frei‘ zu ergänzen. Wir müssen Sie in diesem Zusammenhang jedoch um Verständnis bitten, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keine näheren Angaben, z.B. zur zeitlichen Umsetzung der Maßnahme, machen können.“ Alle weiteren „Skandale“ (Notdurft, Waschmöglichkeiten, Wendehammer etc.) sind entweder sachlich völlig falsch oder völlig übertrieben dargestellt. Waschmöglichkeiten und Toiletten sind für die LKW-Fahrer bei ID Logistics problemlos zugänglich, die Verkehrsinsel im Wendehammer wurde seit Wochen nicht mehr überfahren.

Man muss im Übrigen akzeptieren, dass die Inbetriebnahme des Gewerbegebietes stetig voranschreitet, aber nicht abgeschlossen ist. Nicht alles war/ist vorhersehbar, wird aber schnellstens abgearbeitet und besser geregelt. Dafür sorgt das angeblich „überforderte Personal im ZWIGL-Vorstand“ allen Verdrehungen, Übertreibungen und Unwahrheiten zum Trotz.

Keine nennenswerten Arbeitsplätze?

Die BI behauptet, die Ankündigungen würden nicht eingehalten. Zudem sorge der erste Mieter, ID Logistics, für Gesprächsstoff durch „Hire & Fire“.

RICHTIG IST: ID Logistics hatte für die erste Halle unter Vollausslastung bis zu 500 Arbeitsplätze angekündigt. Das Unternehmen beschäftigt nach eigener Aussage am Standort inzwischen 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist mit Abstand der größte Arbeitgeber in der näheren Region. Über die Arbeitgeberhaltung von ID Logistics und das angebliche „Hire & Fire“ schürt die BI unablässig die Gerüchteküche. Einen Beleg für diese Behauptung gibt es bis heute nicht.

Eine stattliche Zahl von Arbeitsplätzen bieten auch die kleineren Unternehmen, die sich im Gewerbegebiet angesiedelt haben. In Kürze folgen weitere. Sobald in der zweiten Halle die Arbeit aufgenommen wird, ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen wie bei ID Logistics. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst dann erheblich weiter an.

Durch zahlreiche Dienstleistungen, die überwiegend von Unternehmen aus der Region erbracht werden (wie z.B. Pflege der Außenanlagen, Winterdienste, Wartungs- und Reparaturarbeiten etc.) werden weitere Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen.



Keine Gewerbesteuer?

„Schon heute ist klar, dass die bei international aufgestellten Konzernen im ‚Logistikpark Frankfurt Nord-Ost‘ nicht der Rede wert sein wird“, behauptet die BI.

RICHTIG IST: Nichts ist klar. Darüber hat die BI keinerlei gesicherte Erkenntnisse. Die außerordentlich positiven Erfahrungen, z.B. aus Erlensee und anderen Kommunen, werden von der BI beharrlich ignoriert. Auch der Zweckverband kann derzeit zur Gewerbesteuer noch keine verlässliche Prognose abgeben, weil die Veranlagung durch die Finanzämter noch nicht erfolgt ist, geht aber von einer deutlichen Stärkung des Gewerbesteueraufkommens in den Zweckverbandskommunen aus.

Nicht unbedeutend sind auch die Einnahmen der Kommunen aus der Grundsteuer und aus den Lohn- und Einkommensteueranteilen, die den Kommunen zugewiesen werden.

Das Schlimmste zum Schluss!

Die BI befürchtet, dass „das überforderte Personal im ZWIGL-Vorstand (...) an seinen Fehlplanungen festhält. Dort wird man Gründe dafür haben. Die aber dürften nicht jene sein, die den Wählern präsentiert wurden.“

Das ist üble Nachrede. Die BI unterstellt dem Vorstandsvorstand, dass er die eigentlichen Motive für „seine“ Planungen der Öffentlichkeit verbirgt und dass es geheimnisvolle Gründe gibt, die man besser verschweigt. Einmal abgesehen davon, dass der Vorstandsvorstand nicht machen kann, was er will, sondern die Beschlüsse der gewählten Vertreter umsetzt, fragen wir die BI:

Welche versteckten Gründe sollten das sein, die den Vorstandsvorstand leiten? Wird hier unterstellt, dass die Vorstände sich persönliche Vorteile verschaffen?

Wir haben uns vorgenommen, sachlich und unaufgeregt richtigzustellen, was an den Behauptungen der BI Schatzboden falsch, verdreht oder übertrieben ist. Vor allem die persönlichen Angriffe weisen wir zurück. Uns leitet die Überzeugung, dass eine faire und anständige Auseinandersetzung um die Sache anders geführt werden muss.

Wir sind für jede konstruktive Kritik offen und überdenken unsere Entscheidungen immer wieder neu. Allerdings geben wir gut begründete Standpunkte nicht einfach auf. Dazu braucht es die Kraft guter Argumente in einer mit Anstand geführten Diskussion. ■



Baugebiet "Auf der großen Burg"

Machbarkeitsstudie in Arbeit

Die Gemeindevertretung hat auf Antrag der SPD einstimmig eine Machbarkeitsstudie für das Baugebiet "Auf der großen Burg" beschlossen. Die Bauinitiative "Hammersbach 2030" der SPD nimmt damit immer konkretere Formen an. Eine gründliche Planung unter Beteiligung der Bürger ist dafür Voraussetzung.

„Wir wissen, dass hier ein längerer Prozess angestoßen wird“, so Fraktionsvorsitzender Wilhelm Dietzel. „Es wird dauern, bis dieses Baugebiet verwirklicht werden kann. Deshalb ist es uns wichtig, dass frühzeitig der Startschuss erfolgt und nichts verzögert wird. Die Machbarkeitsstudie ist der erste Schritt für das wichtigste Entwicklungsprojekt der nächsten Jahre in unserer Gemeinde.“

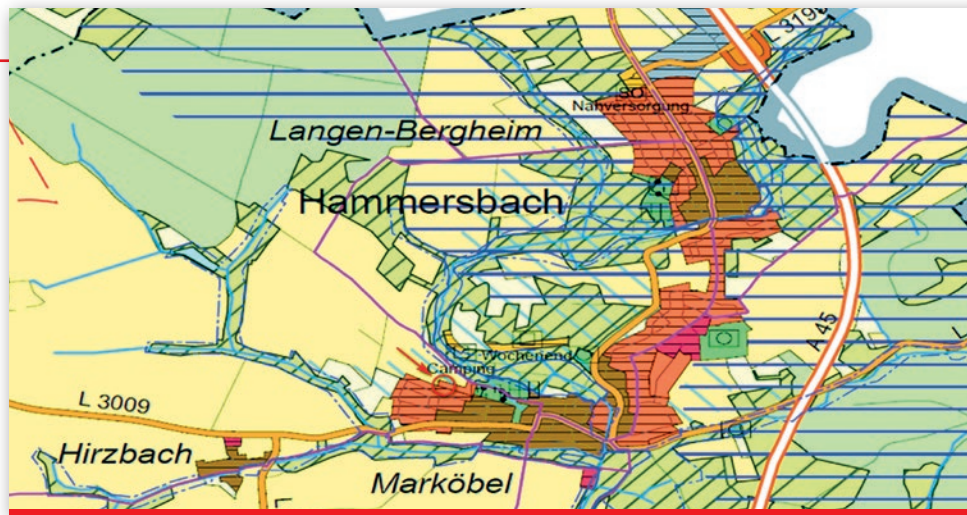
In unserer Region ist die Wohnungsnot eines der dringendsten Themen. In Hammersbach ist die Nachfrage nach Bauplätzen und Mietwohnungen deutlich spürbar. Auch in der Regionalplanung hat sich ein gedanklicher Wechsel vollzogen. Ging man noch vor ein einigen Jahren davon aus, dass die Einwohner-

zahlen in der Region bestenfalls stagnieren würden, weiß man heute, dass diese Prognosen falsch waren. Es gibt einen erheblichen Nachholbedarf an Wohnraum.

Um in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen zu werden, musste sich die Gemeinde im Jahr 2011 verpflichten, keine konkurrierenden Neubaugebiete auszuweisen. Das hatte die positive Folge, dass die sogenannte Innenentwicklung gut gelungen ist. Noch vorhandene Baulücken wurden geschlossen und Grundstücke, die früher anders genutzt wurden, wurden für die Wohnbebauung umgewidmet. Dieser Prozess ist nun weitgehend abgeschlossen. Es gilt nun auch bei uns, Flä-

chen zur Verfügung zu stellen, die es ermöglichen, Wohnungen zu schaffen.

Für uns ist es dabei wichtig, im Rahmen einer guten Planung das Gebiet so zu entwickeln, dass sich der Traum vom Einfamilienhaus ebenso erfüllen kann wie der Wunsch junger Familien nach günstigem Wohnraum und Mietwohnungen. Die gesamte Bebauung muss sich in die Strukturen unserer Gemeinde einfügen, aber auch nach dem Grundsatz der Schonung von Flächen entwickeln. Zuvor müssen die Verkehrsflüsse ebenso untersucht werden wie die Infrastruktur (Wasser, Abwasser etc.) und die absehbaren Auswirkungen auf die Kinderbetreuung. ■



Forstbetriebsgemeinschaft Wetterau

Gemeinsamer Holzverkauf auf den Weg gebracht

Vom Zeitablauf hätte es kaum ungünstlicher kommen können. Aufgrund eines kartellrechtlichen Verfahrens in Baden-Württemberg wurde auch in Hessen beschlossen, dass der Landesbetrieb HessenForst ab 1. Januar 2019 kein Holz mehr für die Kommunen mit einem Waldbesitz von mehr als 100 Hektar verkaufen darf.

Ausgerechnet in diese Zeit fiel der Sturm Friederike, der viel Windwurfholz auf den Markt brachte. Und anschließend folgten zwei trockene Sommer, in denen der Borkenkäfer wütete und noch mehr in der Not geschlagenes Holz den Markt überschwemmte. Die Kommunen mussten nun unter ungünstigsten Bedingungen den Holzverkauf selbst organi-



sieren. Zumindest in Hammersbach funktionierte das für eine Übergangszeit recht gut.

Ab der neuen Einschlagssaison kann nun das Holz gemeinsam mit vielen Kommunen im westlichen Main-Kinzig-Kreis und der östlichen Wetterau vermarktet werden. Hammersbach schließt sich dazu der Forstbetriebsgemeinschaft Wetterau an. Diese wurde bereits 1990 nach großen Windwürfen gegründet. Die Satzung der Betriebsgemeinschaft, die es ermöglicht den gemeinsamen Holzverkauf zu koordinieren, wurde im März 2020 entsprechend angepasst. Damit steht nun eine schlagkräftige Organisation bereit, die über eine ausreichende Holzmenge mit einem breit aufgestellten Sortiment verfügt. ■



Dorferneuerung

Gestaltung des Martin-Luther-Platz geht voran



Im Rahmen der Dorferneuerung wurde das Martin-Luther-Haus modernisiert und das historische Rathaus aufwändig restauriert.

Nun fehlt noch die Gestaltung des Martin-Luther-Platzes nach den Plänen der Arbeitsgruppe Dorferneuerung. Wo später ein vielseitig nutzbarer, schön gestalteter Dorfplatz zu allen möglichen Aktivitäten einladen wird, haben jetzt erst einmal die Bagger alles aufgewühlt. Das hat einen Grund. Alle Kanal- und Wasserleitungen unter der Oberfläche müssen dringend erneuert werden. Dafür und für die Gestaltung des Platzes werden insgesamt 385.000 Euro aufgewendet. Die Förderung aus Mitteln der Dorferneuerung liegt bei rund 47.000 Euro, das sind etwa 30 Prozent der Bausumme für die Platzgestaltung. Die Kosten der Arbeiten an der Kanalisation und Wasserversorgung muss die Gemeinde alleine stemmen. ■

Neue Mitglieder der SPD Hammersbach

Mit Herz für die SPD

Schon im Januar ist Tim Frank Mitglied der Hammersbacher SPD geworden. Sarah Tzounakis musste darüber erst noch einmal nachdenken. Dann entschloss sie sich aber schnell, aus ihrem allgemeinen politischen Interesse mehr zu machen – praktische und konkrete Arbeit in der eigenen Gemeinde, und dafür kam nur die SPD in Frage.

„Gerade junge Menschen sollten ihre Perspektive einbringen und das Feld nicht anderen überlassen.“

Beim traditionellen Heringessen der SPD nutzten die beiden ihre erste Gelegenheit, um 'ihre' SPD tatkräftig zu unterstützen. Die Corona-Pandemie bremste die beiden jungen Leute in ihrem Engagement dann zunächst aus. Die ersten Lockerungen



Tim Frank (links) und Sarah Tzounakis (rechts) erhielten ihr rotes Parteibuch von Susana Cid Jovic.

erlaubten nun aber immerhin die Übergabe des roten Parteibuches durch die stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Susana Cid Jovic.

Sarah und Tim möchten aktiv in der kommunalen Politik mitwirken. Beide halten es für wichtig, dass gerade junge Menschen ihre Perspektive einbringen und das Feld nicht anderen überlassen. Auf ihre Mitarbeit bei der Hammersbacher SPD freuen sie sich.

Susana Cid Jovic dankte den beiden neuen Mitgliedern für ihre Bereitschaft zum Engagement und sicherte ihnen jede Unterstützung zu: „Ihr wollt gehört werden und ihr wollt etwas leisten. Für beides ist in unserem Ortsverein genau der richtige Platz.“ ■

Kontakt & Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein und SPD-Fraktion Hammersbach
ViSdP: Wilhelm Dietzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion
Wilfried Bender, Vorsitzender der SPD Hammersbach
Redaktion: Wilhelm Dietzel, Wilfried Bender
Auflage: 2500 Stück
Gestaltung: mainblick marketing & mediengestaltung, Hanau
www.mainblick.de

SPD-Ortsverein Hammersbach
Wilfried Bender
Unter den Weingärten 54
63546 Hammersbach
Telefon: 0 61 85 / 71 15
E-Mail: fragen@spd-hammersbach.de
Internet: www.spd-hammersbach.de

